



Niederschrift

28. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Oktober 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 13.1 der Tagesordnung: Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum

Antrag: CDU

Vorlage: 2026/0439

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Stadtrat Schütz (CDU): Wer mit einem wachen Auge nach links und rechts schaut, für den ist doch ganz klar, wer beim Thema Sicherheit immer nur die Risiken staatlichen Handelns ins Feld führt, der berücksichtigt doch eines nicht, und das ist, was kostet es, wenn der Staat nicht handelt. Wir haben in unserem Antrag gefordert, dass die neuen Instrumente zur Überwachung vom öffentlichen Personennahverkehr, also von den Haltestellen, namentlich im § 18 Landesdatenschutzgesetz, gefordert werden und darüber hinaus ein ganz klares Bekenntnis von unserer Stadtverwaltung, dass man sich zur Nutzung der gegebenen und der rechtlich möglichen Befugnisse bekennt.

Die Fakten sind doch ganz klar, nicht erst mit der diesjährigen polizeilichen Kriminalstatistik, sondern auch mit der Sicherheitsumfrage 2018, dass wir an den Haltestellen und an bestimmten Plätzen in unserer Stadt ein großes Problem haben. Mehr als die Hälfte der Frauen hatten sich damals bekannt, dass sie sich nachts in der Stadt unsicher fühlen, und 80 Prozent von ihnen hatten angegeben, dass sie bestimmte Plätze in unserer Stadt nur ungern aufsuchen in der Nacht. Nur 18,5 Prozent der Karlsruherinnen und Karlsruher gaben an, dass sie sich abends an Haltestellen in unserer Stadt uneingeschränkt sicher fühlen. Da setzen wir an, weil wir alle kennen die Schmerzpunkte bei uns, wir alle kennen die Orte, an die wir nicht so gerne gehen. In der Innenstadt West wird jede sechste Straftat in dieser Stadt begangen. Und trotzdem hat der Gemeinderat hier 2021 eine Videoüberwachung des Europaplatzes abgelehnt. Gott sei Dank sehen wir in der Verwaltungsantwort, dass zumindest die Verwaltung deutlich weiter ist und sich

inzwischen offen zeigt. Die Technik und die Landespolitik ist es ebenfalls, wie Pilotversuche in anderen Städten zeigen. Nichtsdestotrotz, in den Redebeiträgen einiger Fraktionen, wir werden sie sicherlich auch gleich hören, bekommt man doch ganz klar das Gefühl, dass die Ernsthaftigkeit der Situation in der Bevölkerung noch nicht angekommen ist.

Also, die Situation in der Bevölkerung ist hier in diesen Fraktionen nicht angekommen. Letztlich ist Sicherheit auch eins, die Grundlage für unser demokratisches Zusammenleben, das sehen wir auch in anderen Ländern in Europa. Wir danken für die klare Haltung der Verwaltung, namentlich dem Ordnungs- und Bürgeramt, und sehen unseren Antrag als erfüllt an.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Nach dem Hauptausschuss ist klar, dieses Projekt wird so nicht kommen. Wir sind uns alle einig, dass dafür auch das Geld einfach gar nicht vorhanden ist. Spannend finde ich an der Stelle auch, dass in der Vorlage ja noch einmal vorgerechnet wird, dass selbst die Videoüberwachung im Betrieb teurer wäre als die Kosten durch den Vandalismus, die dadurch verhindert werden sollen. Aber es wurde sich noch einmal eine Grundsatzdebatte im Gemeinderat gewünscht, und diesem Wunsch kommen wir natürlich selbstverständlich nach.

In meinem Hauptberuf als Kryptografin arbeite ich ein wenig mit Quantencomputern. Zu quantenphysikalischen Effekten kann sicher der Kollege Huber vielleicht auch noch genauere Details nennen, aber eine spannende Sache ist, Quantenteilchen ändern ihr Verhalten, wenn sie beobachtet werden. Wenn man nur zuschaut, das allein reicht, dass sie sich anders verhalten. Beobachten heißt interagieren, beobachten heißt beeinflussen. Und auch klar, wenn Menschen viel größer sind als Quantenteilchen, eines lässt sich doch übertragen, nämlich auch Menschen ändern ihr Verhalten, wenn sie beobachtet werden. Und genau das passiert mit Videoüberwachung. Menschen schränken sich selber ein. Gerade wer sich sowieso schon, aus welchen Gründen auch immer, ein bisschen unsicher fühlt, fängt an zu versuchen, nicht aufzufallen, fängt an, sich ein bisschen konformer zu verhalten, fängt an, sich zu verstecken. Menschen können sich weniger frei im öffentlichen Raum bewegen, und das betrifft am Ende uns alle. Und dabei ist es am Ende auch egal, welches intelligente System genutzt wird, um das auszuwerten. Videoüberwachung ist und bleibt ein krasser Eingriff in die Privatsphäre von Menschen. Und es stimmt, dass im Koalitionsvertrag da in engen Grenzen neue Möglichkeiten geschaffen wurden, aber das heißt noch nicht, dass die auch vor Ort überall eingesetzt werden müssen, und das heißt auch nicht, dass es überall gerechtfertigt wäre.

Wir GRÜNE haben uns sowohl im Land als auch hier in Karlsruhe in der Vergangenheit schon sehr kritisch zur Videoüberwachung geäußert, und wir werden auch diesen Antrag ablehnen. Lassen Sie mich am Ende als Kryptografin noch eine Sache sagen: Es gibt in der digitalen Welt, wenn Daten digital verfügbar sind, keine hundertprozentige Sicherheit. Fragen Sie die Kommune Anhalt-Bitterfeld oder, gerade ganz aktuell, Eichstätt oder Berlin. Fragen Sie Krankenhäuser oder Firmen im ganzen Land, die schon gehackt wurden, die sichersten Daten sind die, die gar nicht erst gesammelt werden.

Stadtrat Tröndle (SPD): Ich bin jetzt etwas verwirrt über den Verlauf und auch grundsätzlich darüber, dass wir die im Haupt- und Finanzausschuss schon vorberatene Vorlage heute noch einmal öffentlich debattieren. Apropos Vorlage: Die Verwaltung hat ja den Ball aufgenommen und ihn, bevor die CDU ausgespielt hat, schon nach Stuttgart geschickt. Da war jetzt kein Video Assistent Referee notwendig. Also, einen Erkenntnisgewinn haben wir heute nicht, aber wir diskutieren, und ich will auch oder ich plädiere dafür, dass wir den Ball etwas flach halten.

Natürlich ist Videoüberwachung ein sensibles und kontrovers diskutiertes Thema, auch in meiner Fraktion, zumal da Fakten und Emotionen aufeinanderprallen. Die Fakten weisen, wie Polizeipräsidentin Caren Denner im Haupt- und Finanzausschuss betonte, Karlsruhe grundsätzlich als sichere Stadt aus, und zwar schon seit Jahren, mit den beiden Ausreißern, zugegeben, erweiterte Amalienstraße und erweiterter Marktplatz/Schlossplatz, die als gefährliche Orte eingestuft sind. Um die und um die überirdischen Einrichtungen des ÖPNV und der City geht es im Antrag der CDU und darum, dort mit intelligenter Videoüberwachung Vandalismusschäden zu verringern und gleichzeitig das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. So, und da sind wir beim springenden Punkt. Es gibt nämlich durchaus nachvollziehbare Gründe, dies anzuzweifeln, stattdessen einen immer größeren Eingriff in die Privatsphäre zu befürchten. Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will gleich, wie schon gesagt, etwas Druck aus dem Kessel nehmen und das, was heute auf der Tagesordnung steht, etwas einordnen. Also, Empörungswogen in Sachen Pro und Contra sind heute fehl am Platz. Es geht hier um keine Grundsatzdiskussion, sondern um ergänzende Maßnahmen zu den bisher von der Polizei ausgeübten. Und die Verwaltung hat in ihrer Stellungnahme ausdrücklich dargelegt, dass sie einer intelligenten Videoüberwachung an den als gefährliche Orte eingestuften Bereichen grundsätzlich offen gegenübersteht und hat dies auch dem Innenministerium auf dessen Anfrage zur Ausweitung des Projekts „Intelligente Videoüberwachung“ bereits im Frühjahr signalisiert. Die Rückmeldung aus Stuttgart steht noch aus. Die Erstellung eines Konzepts macht natürlich auch aus Sicht meiner Fraktion erst Sinn, wenn die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen geprüft sind.

So weit, so gut, meine Fraktion kann mit der Stellungnahme der Verwaltung gut leben. Für uns ist das Thema damit vorerst erledigt. Für die genannten Kontroversen ist dann Raum und Zeit, wenn die Antwort der Landesregierung vorliegt. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Schnell (AfD): Dem Antrag der CDU-Fraktion, dass die Verwaltung ein Konzept zur Videoüberwachung an ausgewählten Haltestellen sowie an als durch die Polizei gefährlich eingestuften Orten wie etwa Amalienstraße oder der Bereich vom Marktplatz und Schlossplatz erstellt, stehen wir positiv gegenüber. Auch eine Bewerbung der Stadt als Pilotstandort für eine intelligente Videoüberwachung befürworten wir. Umso mehr sind wir von der Stellungnahme der Stadt zu diesem Antrag enttäuscht, denn jenseits der bereits vorhandenen Kameras, überwiegend im Stadtbahntunnel, gäbe es an Haltestellen keinen Bedarf. Dabei gab es in der jüngeren Vergangenheit zum Beispiel an den Haltestellen Thomas-Mann-Straße, Yorkstraße, Ostmarkstraße oder Auer Straße Körperverletzungs- oder Raubdelikte. Es geht hier mitnichten nur um Vandalismus. Den anderen Punkten des Antrags steht die Stadt zwar grundsätzlich positiv gegenüber, ist aber nicht willens oder in der Lage, dafür finanzielle Mittel bereitzustellen, und schiebt hierzu den schwarzen Peter an das Land. Und solange die Finanzierung nicht geklärt ist, sei aus Ressourcengründen auch keine Konzepterstellung möglich. Diese Antworten können nicht zufrieden stellen und sind ziemlich traurig. Dass die CDU ihren Antrag dennoch als erledigt ansieht, finden wir allerdings noch trauriger. Wir können nicht hinnehmen, dass hier auf Kosten der körperlichen Unversehrtheit dem täglichen neuen Aushandeln des Zusammenlebens der Menschen das Wort geredet wird, um das einmal so zu formulieren.

Stadtrat Noé (FDP/FW): Kollege Tröndle, es ist sicherlich gut, hier ein bisschen Druck herauszunehmen und Luft herauszunehmen, denn dieses Thema, öffentliche Sicherheit, Videoüberwachung, ist immer ein Abwägungsthema, denn Sicherheit im öffentlichen Raum ist auch meiner Fraktion ein wichtiges Thema, aber wir sind der Meinung, die entsteht eben nicht automatisch

durch mehr Kameras, sondern sie entsteht durch Maßnahmen, die nachweislich wirksam und zugleich verhältnismäßig sind. Und das glauben wir hier eben nicht, denn es sollen dann doch zentrale Plätze und oberirdische Haltestellen mit Videoüberwachung ausgestattet werden, Orte, die täglich dann doch von sehr vielen Menschen genutzt werden. Und für so einen Eingriff bei so vielen Menschen braucht es eine klare belastbare Grundlage, und die liegt eben nicht vor. Denn wir haben eben keine differenzierte Analyse der Kriminalitätsbelastung an den Haltestellen und vor allen Dingen auch keine Evidenz dafür, dass die Videoüberwachung dort einen relevanten Sicherheitsgewinn erzielen wird. Denn Videoüberwachung greift in Persönlichkeitsrechte ein, und zwar an Orten, die die Menschen nicht immer freiwillig aufsuchen, sondern aus Alltagsnotwendigkeit. Wenn ich den öffentlichen Nahverkehr benutzen will, dann muss ich ihn eben benutzen, dann muss ich diesen Eingriff dann in Kauf nehmen. Und das finden wir hier nicht richtig, weil die Abwägung einfach hier falsch ist. Der Nutzen ist unklar, und der Eingriff ist aber sicher.

Das gilt übrigens auch für die Einstufung der gefährlichen Orte. Denn auch dort haben wir nicht automatisch die Schlussfolgerung, dass dort Videoüberwachung notwendig oder dann auch sinnvoll wäre. Und es ist deswegen auch wichtig, dass wir überhaupt einen Mehrwert in den Maßnahmen sehen, auch hier bei der wirtschaftlichen Lage unserer Stadt. Denn die intelligente Videoüberwachung ist technisch anspruchsvoll und finanziell nicht unerheblich. Und ohne gesicherte Finanzierung ein solches Projekt anzustoßen, wäre ja überhaupt auch nicht verantwortbar. Wir wollen Sicherheit, ja, aber wir wollen eine Sicherheit, die wirkt. Und wir setzen hier auf Präsenz, auf gute Beleuchtung, auf Prävention und auf schnelle Reaktionszeiten der Sicherheitskräfte, denn Kameras ersetzen eben keine Ordnungskräfte und ersetzen auch keine Sozialarbeit. Sie ersetzen nur Vertrauen durch Überwachung. Und deshalb würden wir einem solchen Antrag heute auch nicht zustimmen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Ich muss den Druck jetzt wieder ein bisschen reinbringen, weil wir diskutieren diesen Punkt heute, weil die CDU-Fraktion nach der Diskussion im Hauptausschuss meinte, ich zitiere auch aus der Presse, die Bevölkerung soll hören, mit welcher Einstellung Die Linke hier auftritt, und dann soll sie das auch. Es ist nichts Neues, dass die CDU und Die Linke unterschiedliche Standpunkte zum Thema Videoüberwachung haben. Unser Standpunkt ist auch definitiv kein neuer. Was neu ist, und das ist inzwischen bei der CDU leider von ganz oben legitimiert, sind Versuche, linke Perspektiven und Forderungen zu skandalisieren, die schlicht kein Skandal sind. Es ist aber mein Job, unsere Perspektive zu vertreten. Und dann mache ich das natürlich auch gerne hier und heute für die Bevölkerung.

Videoüberwachung löst keine Probleme. Kameras greifen nicht ein. Gewalttaten entstehen meist im Affekt oder unter Drogeneinfluss. In solchen Situationen sind Kameras den Tätern egal. Kameras ersetzen auch keine Prävention und schon gar nicht die Hilfe, die viele Menschen im öffentlichen Raum tatsächlich brauchen. Eine Kamera kann nicht deeskalieren, nicht helfen und nicht schützen. Und jetzt wiederhole ich das, was ich im Hauptausschuss gesagt habe. Die Ausweitung der Überwachung wirkt auf uns wie ein hilfloser und ideenloser Ersatz für Maßnahmen, die tatsächlich helfen können. Das ist Streetwork, sorry to say, liebe FDP, Sucht- und Krisenberatung, kurz Menschen, die ansprechbar sind und eingreifen können. Und da sind wir wieder auf einer Linie, glaube ich.

Videoüberwachung trifft außerdem alle. Das wurde ja gerade auch schon erwähnt. Und ständige Überwachung erzeugt ein Gefühl der Beklemmung, des Kontrolliert-Werdens, und

Misstrauen wird zur Politik. Wer Probleme im öffentlichen Raum mit Kameras beantwortet, bekämpft die Ursachen nicht, sondern verschiebt und verlagert sie. Aktuelles Beispiel Erfurt, das stammt aus einem Artikel von vergangener Woche. Ein Jahr nach dem Start der Videoüberwachung des Erfurter Angers haben sich die Straftaten verlagert. Nach Angaben der Stadt und Gewerkschaft der Polizei gibt es einen augenfälligen Verdrängungseffekt. Jetzt spielen sich die Vorfälle in Hauseingängen ab. Diese müssen aus Datenschutzgründen geschwärzt bleiben. Und wie geht man mit der Verdrängung um, noch mehr Videoüberwachung? In Erfurt wird außerdem der hohe Personalaufwand beklagt, der für die Auswertung nötig ist. Und das ist Personal, das auch vor Ort sein könnte. Kameras erzeugen lediglich gefühlte Sicherheit. Bezahlt wird dafür mit einem Verlust an Freiheit. Echte Sicherheit entsteht aus unserer Sicht durch Prävention, und dazu gehört ausreichende Beleuchtung, durch Präsenz und durch Hilfsangebote.

Wir werden nicht nur diesen, und das ist auch kein Skandal, sondern jeden Versuch der Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum kategorisch ablehnen, erst recht im Zusammenhang, ich muss jetzt schneller werden, mit dem Gesetz, auf das sich die CDU bezieht, denn dieses Gesetz geht weiter und lässt unter bestimmten Umständen eben auch eine KI-gestützte Überwachung zu, die atypische Bewegungsabläufe identifiziert. Und irgendwo hört es dann auch einmal auf. Das ist unsere Meinung und dazu stehen wir, und zwar felsenfest. Und ja, ich habe gesagt, zum Glück ist dafür kein Geld da, denn hätten wir die dafür nötige Summe tatsächlich übrig, würden wir sie sicher woanders einsetzen wollen. Und eine letzte generelle ganz kurze Anmerkung: Bei der aktuellen politischen Entwicklung sollten wir uns genau überlegen, in welchem Ausmaß wir den Ausbau eines Überwachungsapparats mittragen wollen und wem der perspektivisch in die Hände fallen könnte.

Stadtrat Cramer (KAL): Das Thema Videoüberwachung ist ja nicht das erste Mal hier im Gremium. Und ich möchte hier auch keine grundsätzliche Ausführung machen zu dem, wie die Karlsruher Liste das sieht, denn das wäre vielleicht im Moment nicht angebracht, was ich dann alles sagen müsste. Wir sind bisher immer gegen Videoüberwachung gewesen, die Karlsruher Liste von Anfang an. Das ist sozusagen mit auch ein Gründungsstandpunkt, den wir vor über 40 Jahren so gefasst haben, keine Überwachung im öffentlichen Raum. Wenn man in die Welt schaut, sieht man, was daraus werden kann. Und von daher werden wir heute und in Zukunft diesen Anträgen, die das begehren, nie zustimmen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich möchte ein paar Sachen noch klarstellen. Wir haben seinerzeit, Herr Stadtrat Schütz, diesen Vorschlag einer Videoüberwachung hier hereingebracht. Also, hier hat sich keine Einstellung der Verwaltung geändert, sondern wir sehen hier die Option, dass Sie als Gemeinderat über so etwas entscheiden sollten. Und deswegen werden wir solche Dinge weiter bei Ihnen einbringen, erst recht dann, wenn es eine Aufweitung des Instrumentariums ist im Rahmen eines Koalitionsvertrags. Und wenn wir von der Regierung angesprochen werden, ob wir grundsätzlich bereit sind, ein Instrument einzuführen, sagen wir natürlich klar, da sind wir grundsätzlich bereit. Und wir würden dann zu Ihnen kommen, wenn aus irgendwelchen Gründen wir als möglichen Pilotstandort, wobei ich den Eindruck habe, im Koalitionsvertrag geht es über den Pilotstandort hinaus in der Ansage, dann haben Sie das am Ende zu entscheiden. Insofern bitte ich da jetzt nicht in die Verwaltung irgendwas hineinzugeheimnissen, sondern wir arbeiten das auf.

Die Forderung, dass wir ein Konzept erstellen, macht aber erst dann Sinn, wenn wir die Rahmenbedingungen kennen. Und deswegen verweigern wir hier nichts. Und es macht auch keinen

Sinn, daran zu arbeiten, wenn am Ende der rechtliche Rahmen nicht passt. Und wir müssen darauf bestehen, es tut mir leid, dass das Land dann auch die Kosten übernimmt. Das Land ist im Wesentlichen für unsere Sicherheit verantwortlich. Wir machen hier schon mit dem KOD einen Haufen Dinge, die eigentlich das Land machen sollte. Wir haben eine der niedrigsten Polizeidichten im Vergleich der Bundesländer. Und dann sehe ich nicht ein, dass ich jetzt hier alle Türen öffne und sage, naja, wenn das dann möglich ist, bezahlen wir es auch noch, sondern dann muss schon eine klare Ansage an der Stelle auch erfolgen.

Und die Welt hat sich verändert, ich glaube, es macht schon Sinn, auch aus den Erfahrungen in Mannheim, sich das einmal anzugucken. Und mir ist es, ehrlich gesagt, lieber, dass da eine vernünftige KI, so komisch das klingt, sich mit Bewegungsabläufen beschäftigt und Alarm schlägt, als dass man nur irgendwas aufnimmt, wo man zwei Tage später noch einmal gucken kann, ob der eine Mütze aufhatte oder nicht, aber am Vorgang selber erst einmal überhaupt nichts zu ändern ist. Aber das können wir alles hier in Ruhe diskutieren, ich will mich damit gar nicht dafür oder dagegen aussprechen. Ich will nur einfach sagen, dass ich dankbar wäre, wenn wir jetzt einmal abwarten, was es für Optionen gibt. An Ihren Haltungen wird sich vermutlich da nichts geändert haben. Dann wird es ja Mehrheiten geben oder nicht. Wir können es Ihnen aber, da sind wir auch einig, nur vorschlagen, wenn wir auch eine vernünftige finanzielle Lösung haben. Die würden wir im Moment nicht sehen, aber Sie werden auf alle Fälle darüber diskutieren können. Und ich glaube auch nicht, dass uns die nicht vorhandene finanzielle Situation davon abhalten wird, mit Ihnen darüber diskutieren zu müssen, denn wenn ein Instrument vorgegeben ist, wie gesagt, haben Sie auch das Recht, sich darüber zu unterhalten.

Ich könnte noch zu vielen Dingen etwas sagen. Ich lasse es jetzt lieber. Damit haben wir es für heute abgeschlossen. Die öffentliche Darstellung der verschiedenen Meinungen ist rübergekommen. Und wir würden dann gegebenenfalls auf Sie zukommen, wenn wir ein weiteres Signal bekommen, wie man mit unseren Informationen umgeht beziehungsweise wenn der rechtliche Rahmen dazu dann auch bekannt ist.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
27. Oktober 2026